

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 38

Ersteinst. Sonntag.
Bezugspreis Vierteljährlich 1,20 RM. Zur Postbezugs-
Zahlung bei allen Postämtern.

Berlin, den 13. September 1931

Verlag: Berlin G2, Neuer Markt 6—12 IV.
Fernruf: Berlin 5 2, Ruppertgraben 1229.
Anzeigen werden nicht angenommen.

47. Jahrgang

Gerichtstage in Frankfurt.

Noch nie hat ein Gewerkschaftskongress in solchen Notzeiten stattgefunden wie der jetzt in Frankfurt a. M. abgehaltene. Die Verhandlungspunkte des Kongresses waren völlig auf den Ernst der Zeit eingestellt. Die wirtschaftliche und politische Situation in Deutschland und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt gaben dem Kongress Gelegenheit, in aller Öffentlichkeit die bittersten Anklagen gegen Staats- und Wirtschaftsführer zu erheben, sie auf ihre absolut falsche Leistung des Staats- und Wirtschaftslebens nachdrücklich hinzuweisen und ihnen gegenüber die Forderungen der Arbeiterschaft klar und unzweideutig herauszuarbeiten. So wurde die Frankfurter Tagung zu einem Kongress der schwersten Anklagen, doch auch zu gleicher Zeit zu einem Kongress der Forderungen der organisierten Arbeiterschaft zur größeren Anteilnahme an der wirtschaftlichen Führung und an den Erträgen der Arbeit.

Es mag manche gegeben haben, die der Frankfurter Tagung mit pessimistischen Gefühlen entgegengesehen haben. Die Frankfurter Tage gaben ihnen jedoch unrecht. Der Kongress war sich des Wertes der Arbeit und des Wertes der menschlichen Arbeitskraft in unserem heutigen Staats- und Wirtschaftsleben voll bewusst. Frei und selbstbewußt konnte er darum das Recht auf Arbeit und auf Schutz und Anerkennung der menschlichen Arbeitskraft durch Staat und Wirtschaft fordern. Wir haben darum allen Anlaß, anzunehmen, daß die Frankfurter Tagung der deutschen freien Gewerkschaften auch bei denen den nachhaltigsten Eindruck zeitigen wird, die heute noch verantwortlich sind für Staat und Wirtschaft. Mehr Recht als staatsbürgerliche und wirtschaftliche Glieder des Staates, mehr Anerkennung und mehr Schutz als wichtigste Glieder der Wirtschaft, das waren die Grundzüge der Forderungen des Frankfurter Kongresses. Wie zählen die Gerichtstage in Frankfurt zu den bedeutsamsten Veranstaltungen, die jemals stattfanden und die den heutigen Machthabern in Staat und Wirtschaft das Bewußtsein beigebracht haben werden, daß ohne die deutschen freien Gewerkschaften eine Weiterführung der Wirtschaft undenkbar ist. Wir sind noch da, so klang es aus den ganzen Verhandlungen, auf die die gesamte deutsche Arbeiterschaft stolz sein kann.

Auf dem Kongress sind sämtliche den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ange-schlossenen Verbände durch 306 Delegierte für 4 743 385 Mitglieder vertreten.

Die Frankfurter Arbeiterschaft zeigte zu Beginn des Kongresses einen prächtigen, wohlge-lungenen Solidaritäts- und Vertrauensbeweis. In einem imposanten Massenaufmarsch der Frankfurter freien Gewerkschaften wurde den Delegierten des Kongresses und den zahlreichen Ehrengästen der Wille der Frankfurter zum Ausdruck gebracht, zu allen Zeiten einig und geschlossen zu unseren Gewerkschaften zu stehen. Auch die freien Gewerkschafter der näheren und weiteren Umgebung waren — zum Teil in geschlossenen Zügen — erschienen, um den Kongreßteilnehmern ihre treueste und tiefste Verbundenheit mit der freigewerkschaftlichen Idee zu bekunden. Der Eindruck des so gezeigten Selbstvertrauens in dieser schweren Zeit der Not war ein erhebender. Die Kongreßteilnehmer zollten den Frankfurtern für diese Kundgebung vollste Anerkennung.

Man sagt: Gewerkschaftsarbeit ist eine müch-terne Sache, die sich auf nur ganz reale Unter-lagen stützt und die nur mit tatsächlichen Ver-hältnissen rechnet. Das ist an sich richtig, doch wer die zum Teil recht umfangreichen Jahr-bücher des Allgemeinen deutschen Gewerkschafts-bundes und die der einzelnen Verbände recht aufmerksam durchsieht, und wer den eingehenden mündlichen Bericht des Bundesvorsitzenden Leipart anhören konnte, dem mußte doch die Er-kenntnis kommen, daß die nüchterne Arbeit des Gewerkschafters ihrem Wesen nach zu den be-deutungsvollsten gehört, die es in unserer Zeit nur geben kann. Es gibt heute kein Gebiet des öffentlich-rechtlichen, des politischen und wirt-schaftlichen Lebens mehr, an dem unsere Ge-werkschaftsbewegung keinen Anteil hätte. Die Rechenschaftsberichte unserer Gewerkschaften und ihrer Zentralstelle sind Quellen der Belehrung und Aufklärung über alles geworden, was mit dem Arbeiterleben nur irgendwie in Zusammenhang zu bringen ist.

Es ist gewiß keine Ueberschätzung, wenn man den Bericht des Bundesvorstandes nach Inhalt und Ton als richtunggebend für die gesamten Kongreßverhandlungen bezeichnet. Leipart fand harte, doch recht treffende Worte gegen die vielen, allzuvielen falschen Maßnahmen der Re-gierung, die angeblich unser Wirtschaftsleben zum Wiederaufleben bringen sollen, gegen die ungeheuerliche Bedrückung der Arbeiterhaus-halte durch Steuer- und Zollbelastungen, gegen alle Verschlechterungen auf dem gesamten sozialpolitischen Gebiet, gegen alle Begünstigun-gen anderer Volksklassen durch Subventionen und sonstige Zuwendungen, gegen die völlige Nichtachtung der Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft, die im Kampf um die Verteilung der Lasten, die auf dem deutschen Volke ruhen,

zu jeder Zeit und auch heute noch am härtesten betroffen wird. Gleich scharfe, doch ebenso richtige Worte fand Leipart gegen die neuen „Volksbeglucker“ von links und rechts, die ihre Lebensaufgabe darin sehen, den deutschen Ar-beiter und die deutsche Arbeiterin vom einzigen Schutz, den sie haben, abzubringen. Die wüten-den Angriffe der Links- und Rechtsradikalen auf unsere Gewerkschaften wußte er mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. In seiner Rede hob Leipart eindringlich die Forderungen der freien Gewerkschaften auf allen öffentlich-recht-lichen, politischen und wirtschaftlichen Gebieten hervor. Seine Ausführungen gipfelten in dem Verlangen, nicht mehr allein die deutsche Ar-beiterklasse als das Lasttier der auf Deutschland ruhenden Verpflichtungen innen- und außen-politischer Natur anzusehen. Der auf uns lastende Druck muß von allen Volksklassen ent-sprechend ihrer Leistungsfähigkeit ausgehalten werden.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurden die Ausführungen des Bundesvor-sitzenden lebhaft unterstrichen und den anwesen-den Regierungsvorstreitern — an deren Spitze der Herr Reichsarbeitsminister stand — bittere Wahrheiten für ihre nicht gerade arbeiterfreund-liche Politik gesagt. Als Abschluß des sich zu einer scharfen Anklage gegen die öffentlichen Ge-walten Deutschlands gestaltenden ersten Ver-handlungspunktes wurde eine Entschließung vom Kongress einstimmig angenommen die wir an anderer Stelle dieser Nummer wiedergeben. Eine weitere Entschließung brachte zum Aus-druck, daß der internationale Charakter der heutigen Krise deren Bekämpfung im Rahmen einer einzelnen Volkswirtschaft erschwere, und daß darum eine großzügige internationale Ar-beitsbeschaffung auf der Grundlage internatio-naler Kreditbeschaffung angestrebt werden müsse. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, die hierzu bereits unternommenen Bemühun-gen des internationalen Arbeitsamtes zu unter-stützen. Dem Bundesvorstand selbst wurde vom Kongress für seine seitherige Tätigkeit vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Glänzende Leistungen boten die Referate des Herrn Prof. Lederer über „Die Umwälzun-gen in der Wirtschaft und die Vierzigstundent-woche“ und des Altonaer Oberbürgermeisters Brauer über „Öffentliche und private Wirt-schaft“. Prof. Lederer gestaltete seinen Vortrag zu einer tiefgründigen Untersuchung der Ent-wicklung der derzeitigen Wirtschaftsform. Er zeichnete unerschrocken die Fehler und Fehlerquellen unserer Wirtschaft, denen eine maßgebliche Schuld an der derzeiti-gen schweren Not der Zeit beizumessen ist. Im zweiten Teil seiner Ausführungen gab er eine wissenschaftliche Begründung für die Notwendig-keit und betriebswirtschaftliche Möglichkeit einer wesentlichen Verkürzung der Arbeits-

zeit. Nach Prof. Lederer kann selbst bei völliger Deckung des vorhandenen Bedarfs an Waren die Leistungsfähigkeit der industriellen Betriebsanlagen nicht voll ausgenutzt werden. Die vorhandene Beschäftigungsmenge muß auf die vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt werden. Das zwingt ganz logisch auf den Weg der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung.

Eine rhetorisch gleich vollwertige Leistung bot der Altonaer Oberbürgermeister Brauer mit seinem Vortrag. Mit einem Mut und einer Unerfahrenheit, wie sie leider unter den Stadtgewaltigen unserer Tage selten anzutreffen sind, beleuchtete er Sinn und Wesen der öffentlichen Wirtschaft im Gegensatz zur Privatwirtschaft. Besonderen Eindruck erweckte er mit seinen Zurückweisungen der Angriffe auf die Selbstverwaltung, deren Ziel es sei, gemeinsames Arbeiten in privatkapitalistisches Profitstreben umzumünzen.

Beide Referate, auf deren Inhalt wir noch eingehen werden, fanden stürmischen Beifall und eine eingehende, inhaltlich hochstehende Aussprache, die zum guten Teil wertvolle Ergänzungen bot. Die von den Referenten vorgelegten Entschlüsse fanden einstimmige Zustimmung beim Kongreß.

* * *

Nicht minder bedeutungsvoll waren die Ausführungen, die Rörpel über „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ machte. Auch auf diese, gerade für den praktisch tätigen Gewerkschafter hochinteressanten Ausführungen werden wir noch zurückkommen, denn die Kenntnis der Entwicklung und des Aufbaues unseres Arbeitsrechts gehört mit zu den wichtigsten Anforderungen, die an den Gewerkschaftspraktiker gestellt werden. Auch Rörpel legte dem Kongreß eine Entschlüsselung vor, die nach einigen Abänderungen einstimmig angenommen wurde.

* * *

Den Abschluß der Verhandlungen bildeten die Beratungen über die vorliegenden „Anträge zu den Bundesstatuten“ und die „Wahl des Bundesvorstandes“. Der Bundesvorstand erfuhr einige Personalveränderungen. An Stelle des infolge hohen Alters ausscheidenden Genossen Hermann Müller wurde Eggert zum Mitvorsitzenden des Bundes gewählt, und an Stelle des aus gleichem Grunde zurücktretenden Genossen Knoll Genosse Spließ. Für den ebenfalls aus Altersrückichten ausscheidenden Bundeskassierer Kube soll eine den Anforderungen entsprechende Kraft gesucht werden. Unter den Beisitzern des Bundesvorstandes traten gleichfalls einige personelle Veränderungen ein.

* * *

Am vierten Verhandlungstag unterbrach der Kongreß seine Beratungen, um geschlossen an einer Kundgebung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft von Mainz teilzunehmen. Ein Sonderzug brachte den Kongreß in die alte Rheinstraße, die ihre Stadthalle zur Verfügung gestellt hatte. Die Kundgebung gestaltete sich zu einer gewaltigen, die Herzen emporhebenden Demonstration für das Recht des Arbeiters, im modernen Staat als vollgültiger und gleichberechtigter Faktor anerkannt zu werden unter Berufung auf die Tatsache, daß die freien Gewerkschaften in der Besatzungszeit die einzigen wehrhaften Stützen des deutschen Staatsgedankens gewesen sind. Die Kundgebung klang aus in ein Treuegelübde der Mainzer Arbeiterschaft für ihre Gewerkschaften. Die gewaltige Demonstration war ein Ereignis für die Stadt Mainz und ihre Arbeiterschaft.

* * *

Die vom Kongreß gefaßten Beschlüsse bringen wir aus Raumrückichten in der nächsten Nummer unserer Zeitung. Zugleich machen wir heute schon auf den baldigst erscheinenden ausführlichen Verhandlungsbericht aufmerksam, den zu studieren Pflicht eines jeden Mitgliedes sein muß. Es gibt nicht viele Kongresse, die so viel an Belehrung und Aufklärung geboten haben wie der jetzt beendete 14. Kongreß in Frankfurt. Das brachte Genosse Brandes in seiner Schlußrede in überzeugender Weise zum Ausdruck. Die freien Gewerkschaften sind es überdrüssig geworden, sehen zu müssen, wie aller Druck immer nur auf die Arbeiterklasse abgewälzt wird. Es war eine Tat der Befreiung, ja geradezu der Erlösung, daß sich die Frankfurter Tage zu Tagen des Aufbäumens gegen all das der Arbeiterklasse geschehene Unrecht, zu Tagen der Anklage gegenüber einem unfähigen und unwilligen Wirtschaftsführertum und einer einseitig orientierten Regierung gestalteten haben. Die deutsche freiorganisierte Arbeiterschaft hat allen Anlaß, sich selbst zu diesem Ausgang des Frankfurter Kongresses zu beglückwünschen. Neuer Mut, neue Entschlossenheit zum Kampf gegen alles Ungemach und neuer Siegeswille haben uns die Frankfurter Reichstagslage gebracht. Das ist das unerschöpfbare Verdienst des Frankfurter Kongresses.

Entscheidungen zu unseren Reichstagsverträgen.

Wespappen-Tarif.

Am 4. September fanden in Berlin Verhandlungen mit dem Api statt, um Arnstadt i. Th. in eine bestimmte Ortsklasse einzureihen. Nach einer ziemlich eingehenden Aussprache einigten die Parteien sich dahin, daß die Arbeiterschaft des genannten Ortes ab 1. Oktober nach Ortsklasse IV* entlohnt wird.

Der Gewerkschaftskongreß zum Bericht des Bundesvorstandes.

Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schweren und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongreß um so mehr Einspruch erheben, als er der festen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und

Der Arbeitsmarkt im August.

Gegenüber dem Vormonat hat der Arbeitsmarkt eine ganz gewaltige Verschlechterung erfahren. Allein die Zahl der Arbeitslosen ist um 1400 auf 17 401 = 32,6 Proz. gestiegen, gegenüber 16 001 = 29,8 Proz. im Vormonat, und zwar erhöhte sich die Zahl der männlichen Arbeitslosen um 489, die der weiblichen um 911. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat gegenüber dem Vormonat um 3 342 zugenommen und stieg auf 19 643 = 36,8 Proz. gegenüber 16 301 oder 30,4 Proz. im Vormonat. Es wurden somit insgesamt rund 70 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter ermittelt, so daß also nur noch 30 Proz. der Kollegenchaft voll beschäftigt war.

Einen Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten drei Monaten und der gleichen Zeit vor einem Jahre zeigt folgendes Bild. Es waren vorhanden:

	Arbeitslose	Kurzarbeiter
1930		
Juni	11 900 = 20,4 Proz.	14 008 = 24,0 Proz.
Juli	11 455 = 19,8 Proz.	14 101 = 24,3 Proz.
August	12 030 = 20,8 Proz.	14 634 = 25,3 Proz.
1931		
Juni	15 440 = 28,2 Proz.	15 114 = 27,6 Proz.
Juli	16 001 = 29,8 Proz.	16 301 = 30,4 Proz.
August	17 401 = 32,6 Proz.	19 643 = 36,8 Proz.

Während wir also bei der gewiß schlechten Konjunktur des Vorjahres immerhin noch 54 Proz. Vollarbeiter hatten, ist diese Ziffer gegenwärtig bereits auf 30 Proz. gesunken. In der Etui-Industrie sind sogar 98 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter, so daß nur der winzige Rest von 2 Proz. voll beschäftigt ist. Und noch ist kein Anzeichen einer Besserung zu spüren.

Denn ebenso ungünstig lauten die Konjunkturberichte, die sich auf 34 000 Berufsangehörige erstrecken. Nach diesen waren nur 9 Proz. gut, jedoch 56 Proz. schlecht beschäftigt, gegenüber 13 bzw. 49 Proz. im Vormonat. Für den Rest war die Konjunktur als befriedigend bezeichnet worden.

Die Mitgliederziffer ist trotz dieser sehr schlechten Arbeitsmarktlage nur um etwa 175 gefallen und beträgt gegenwärtig 53 411, darunter 34 150 weibliche Mitglieder.

der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückdrängen. Der Kongreß weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechlung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkten Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperchaften, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnungen vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Stimmen aus unserem Kollegenkreis.

Zur Lage des Verbandes.

In der augenblicklichen hochgespannten Zeit politischen Ueberrassungen ist es fast unmöglich, einen klaren Kurs zu erkennen. Die politische Atmosphäre ist so undurchsichtig, daß man allgemein der Auffassung ist, es sei unmöglich, auf dem Wege der Vernunft und Verständigung aus diesem Chaos herauszukommen.

Vor allen Dingen scheint es schwer zu halten, Auswege zu finden, wie der Massennot, hervorgerufen durch die kolossale Arbeitslosigkeit, gesteuert werden soll. Verständnislos steht man den Experimenten der Reichsregierung mit ihren Roterordnungen und den Forderungen des Unternehmertums gegenüber, die zur Heilung der bankrotten Wirtschaft erlassen und gefordert werden.

Ausgehend von der damals viel versprechenden Brauns-Kommission, die in vielen kostspieligen Sitzungen Vorschläge ausarbeitete, die zur Ankurbelung der Wirtschaft dienen sollten, bis zur Brüning-Regierung, hat man immer feststellen können, daß alles negativ ausgelaufen ist, weil die Vorbedingung dazu gefehlt hat, nämlich stärkere Erfassung und Belastung des Kapitalismus und der besitzenden Klasse.

Es erübrigt sich, auf den Schwindel von Preisabbau nochmals einzugehen, denn der war ja nur ein Täufchungsmanöver, um den Lohnraubbau legal schmacht zu machen. Für die gesamte Arbeiterschaft heißt es jetzt, erhöhte Alarmbereitschaft und Disziplin halten, denn die fortwährenden Angriffe der gesamten Unternehmerschaft auf das Tarifrecht und alle Erwerbseigenschaften der Arbeiterschaft auf sozialpolitischem Gebiete sind Symptome der kommenden Zeit, als Beweis diene der Abwehrkampf des Gesamtverbandes, der den rigorosen Lohnabbau der Staats- und Gemeinbediensteten austümpfen muß.

Wenn die Regierung Brüning gewillt war und noch ist, im Interesse des Volksganzen das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, dann hätte sie sich die Forderungen des ADGB zu eigen machen sollen, aber sie mußte in vielen Teilen zarte Rücksicht üben.

Das Problem der Arbeitslosigkeit kann nicht gelöst werden, wenn nicht von Seiten der Regierung die Arbeitszeit gesetzlich gekürzt wird, zu gleicher Zeit aber auch ein Einstellungsstopp und Lohnausgleich mit verankert wird. Es gibt vereinzelte Industrien, die die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung eingesehen haben. Ich erinnere nur an die Harburger Delwerke, die im Oktober vorigen Jahres die Arbeitszeit im Einverständnis mit dem Arbeiterrat auf 36 Stunden herabgesetzt haben, wodurch 350 Arbeiter neu eingestellt werden konnten. Ebenso haben in vielen Städten die Brauereien mit den zuständigen Organisationen die 40-Stunden-Woche vereinbart; außerdem noch einige kleinere Industrien. Bei dem Gros der Unternehmer stößt man aber auf hartnäckigen Widerstand, und da wäre es schon längst Aufgabe der Regierung gewesen, gesetzlich die Arbeitszeit herabzusetzen. Die Regierung hätte aber auch durch Verordnung den Unternehmern verbieten müssen, weiterhin Arbeiter zu entlassen.

Wenn nicht alles trügt, haben wir im kommenden Winter den schlimmsten seit einem Jahrhundert, und da ist es besonders auffallend, daß auch andere Kreise anfangen, über das Massenelend nachzudenken. In der gesamten Tagespresse liest man jetzt von vielen Städten über Hilfsmaßnahmen, die das Bürgerturn für den kommenden Winter geplant hat in Form eines Wohltätigkeitsrummels. Wenn man z. B. von Düsseldorf liest, daß monatlich schon 60 000 Mark benötigt und durch Sammlungen aufgebracht werden, dann muß man sich wundern, daß auf einmal solviel Geld zur Verfügung steht. Es ist dieses absolut nicht als christliche Nächstenliebe zu bewerten, denn die Kreise wissen, was geschieht, wenn eine verzweifelte Masse zum Außersten getrieben wird. Die Arbeiterklasse lehnt eine solche Wohltätigkeitspflege von ihrem Standpunkte ab und verlangt als mitbestimmender Wirtschaftsfaktor ihr Recht auf Arbeit und keine Almosen.

In diesem Zusammenhange möchte ich auch noch kurz auf den Artikel vom Verbandsvor-

Arbeitszeitverhandlungen mit dem „Api“.

Am Freitag, dem 4. September, fanden auch mit dem Api in Berlin Verhandlungen über die evtl. Durchführung der 40-Stundenwoche statt, die jedoch — um es vorweg zu sagen — ebenso wenig wie die Verhandlungen mit dem ADGB zu einem Ergebnis führten. Man hatte während der ganzen Verhandlungen den Eindruck, was auch von unseren Vertretern mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Arbeitgeber nach bestimmten Direktiven aus grundsätzlichen Erwägungen heraus sich gegen eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit sperren. Zwar fehlte es nicht an platonischen Liebeserklärungen, daß man wohl einsehe, daß der Arbeitslosigkeit gesteuert werden müsse und die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess eingereiht werden. Aber den von den Gewerkschaften gezeichneten Weg zu beschreiten, sträubte man sich mit Händen und Füßen. Den einzigen Ausweg aus dem Dilemma glaubten die Unternehmer in dem sogenannten Springersystem zu sehen, das heißt, daß nach sechswöchigem Turnus die Belegschaften der einzelnen Betriebe wechselweise eine Woche aussetzen. Oder mit anderen Worten, daß die Belegschaft der einzelnen Betriebe nach fünfwöchiger Beschäftigung eine Woche feiert.

Demgegenüber wurde von unseren Vertretern mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die technische Entwicklung gebieterisch eine Herabsetzung der Arbeitszeit erheische. Man könne unmöglich diesem Zustand länger stillschweigend zusehen, daß Millionen gute und tüchtige Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozess ausgeschieden werden. Es sei aber auch nicht zu verantworten, wenn nach den stattgefundenen Lohnsenkungen, den weiter eingetretene unangeheuren steuerlichen Belastungen, ohne entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten der Arbeiterschaft diese Verkürzung der Arbeitszeit auf ihre alleinigen Kosten zugemutet werden könne.

stand in der Nr. 31 unserer „Buchbinder-Zeitung“ eingehen, und da wird wohl jeder Funktionär mit Beforgnis die Weiterentwicklung in unserem Verbandsverfolg. Die finanzielle Belastung ist geradezu katastrophal, und wird zur Behebung der kolossalen Ausgaben eine Beitragserhöhung vorgeschlagen. Auch soll die Dauer der Unterstützung um 20 Tage gekürzt werden. Der Verbandsvorstand errechnet daraus eine Mehreinnahme von 240 000 Mark im Jahre.

Auch der Kollege Hannemann schlägt eine Beitragserhöhung vor, außerdem Streichung der Kranktenunterstützung und Bezahlung der freien Marken durch die Unterstützungsempfänger. Der praktische Erfolg dieser Vorschläge wird aber gleich null sein, außer dem Fortfall der Kranktenunterstützung, denn wenn der Reichszentralrat Brüning mit zynischer Offenheit in der Presse erklärt, daß im kommenden Winter mit 7 Millionen Erwerbslosen zu rechnen ist, dann kann man auch 8 Millionen und darüber annehmen, was dann noch von unseren Verbandsmittgliedern am Arbeiten ist, ist ein kleiner Teil, so daß nur ein Bruchteil von dem aufgebracht wird, was der Verbandsvorstand in seiner Rechnung aufgestellt hat, und damit würden alle Berechnungen über den Hausen geworfen.

Auswege müssen allerdings gesucht werden, eine kleine Beitragserhöhung wäre nach dem Vorschlag des Kollegen Hannemann eventuell noch möglich, obwohl man nicht verkennen soll, daß die meisten Mitglieder verkürzt arbeiten oder in nächster Zukunft auch dran kommen und dann nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben nicht viel mehr haben als ein Erwerbsloser in der Mu. Von einer Bezahlung der freien Marken möchte ich ab-

An der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials einer Spezialstatistik vom Ende Juli wies Kollege Wienick mit Recht darauf hin, daß gerade der Api am allerlehten Ursache habe, solche Klageglieder anzustimmen und die vierzig-Stunden-Woche für untragbar zu erklären. Denn nach diesen ziemlich lückenlosen Feststellungen waren an dem Stichtag von 18 052 Beschäftigten noch immer 54,1 Proz. 48 Stunden tätig, während 12 Proz. etwa eine Stunde verkürzt arbeiteten, so daß also nur etwa ein Drittel der Belegschaft arbeitslos war oder verkürzt arbeiten mußte. Mit allem Nachdruck wurde daher betont, daß die 40-Stundenwoche im Interesse der Arbeitsmarktentlastung wie der Volkswirtschaft dringend notwendig sei, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur dann einen Zweck habe und zum gewünschten Ziele führe, wenn damit gleichzeitig ein Einstellungsstopp mit gleichzeitigem strikten Ueberstundenverbot verbunden sei.

Schließlich trennten sich die Parteien und wurde in unserer Sonderberatung dann ein entsprechender Antrag ausgearbeitet, den man den Unternehmern übermittelte. Mit einer endgültigen Antwort darauf hielten sie jedoch zurück und wollen uns noch nach näherer Beratung wissen lassen, ob wir gemeinsam den entsprechenden Bericht an das Reichsarbeitsministerium unterschreiben oder ob jede Partei für sich darüber berichtet. Jedenfalls steht jetzt schon fest, daß das Reichsarbeitsministerium um eine Entscheidung nicht umhinkommen wird. Dabei war man sich aber bei beiden Parteien darüber einig, daß es eine ganz verschlechte Maßnahme wäre, wenn der Reichsarbeitsminister nur für einzelne Industriezweige eine solche Entscheidung treffen wollte. Wenn man etwas Brauchbares schaffen will, dann kann und darf man nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Die Zeit ist reif, um die 40-Stundenwoche allgemein einzuführen.

dingt, daß jeder Pfennig im Haushalt gebraucht wird.

Wenn man von dem Standpunkt ausgeht, außergewöhnliche Zeiten bedingen außergewöhnliche Maßnahmen, so hat auch Kollege Hannemann die Maßnahmen des Verbandsvorstandes bei Kriegsausbruch betont. Auch Kollege Hauelsen wies auf dem Hamburger Verbandstag bei der Debatte über den Abbau auf der ganzen Linie während der Inflationszeit auf die außergewöhnlichen Zeiten hin.

Wenn man nun in der heutigen Zeit Vorschläge macht, so von dem Gesichtspunkt aus, daß wir als Leidensgenossen alle dazu beitragen, über die Geißel der Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen hinwegzukommen, und daß der Bestand unserer Organisation erhalten bleibt, und da ist es solidarische Pflicht, daß derjenige, der wirtschaftlich gut und besser steht, auch dementsprechende Opfer bringt. Auf der anderen Seite muß der Verbandsvorstand rücksichtslos alles streichen, was zur Entlastung beiträgt, und da könnten auf vielen Gebieten Abstriche gemacht werden.

Wenn man z. B. liest, daß die Gehälter im Jahre 1926 66 955 Mark betragen und im Jahre 1930 82 832 Mark, so muß es möglich sein, auf einen Teil freiwillig zu verzichten. Das soll beileibe nicht heißen, daß unsere Angestellten fürstliche Gehälter beziehen, denn dieselben sind ja in guten Zeiten auf den Verbandstagen festgelegt worden, und wir haben dieselben bei Lohnverhandlungen auch immer als Argument gebrauchen können. Mit den Sitzungsgeldern verhält es sich ebenso, sie sind von 904 Mark im Jahre 1926 auf 1724 Mark im Jahre 1930 gestiegen. Die könnten restlos eingespart werden, sofern nicht arbeitslose Kollegen daran teilnehmen. Bei der Zeitung müssen gleichfalls Ein-

sparungen gemacht werden, denn im Jahre 1926 betrugen die Kosten für Druck, Papier, Expedition, Verpackung, Porto, Gebühren und Schreibmaterial 69 130 Mark, dagegen im Jahre 1930 98 571 Mark. Es muß auch hier das Neueste zur Herstellung festgelegt werden. Ferner müssen sämtliche Jahrestellen die äußerste Anzahl angeben, damit nicht tausende Nummern gedruckt werden, die später eingestampft werden müssen. Auch die Düten müssen auf das Geringste herabgesetzt werden. So kann man noch viele Posten in der Jahresabrechnung anführen, sie mögen in normalen Zeiten berechtigt sein, aber in der Jetztzeit muß radikal eingepart werden.

Es wäre unbedingt notwendig, daß der Beirat zusammentritt und sozusagen als Sparskommission Vorkehrungen für den kommenden Winter trifft.

An alle Mitglieder ergeht aber erneut der Appell, heute mehr denn je treu zur Organisation zu stehen, denn nach diesem Abstieg kommt auch wieder ein Aufstieg, das hat die Geschichte noch immer bewiesen.

Zum Schluß möchte ich noch die Ausführungen unterstreichen, die in Nr. 54 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ gemacht worden sind. Der Redner führte zum Schluß aus: daß die Organisation die Krise übersteht, die am geschlossensten und einigsten dasteht.

D.dorf.

M. Meusers.

INTERNATIONALES

Die Arbeitslosigkeit in Belgien.

Aus dem jetzt veröffentlichten Abschluß einer gesondert verwalteten Arbeitslosen-Unterstützungskasse des belgischen Verbandes ist der Umfang der auch in Belgien herrschenden großen Arbeitslosigkeit unserer Kollegenschaft klar zu erkennen. Obgleich die Kasse vom vorigen Verbandstag einer Reorganisation unterzogen und in Erwartung höherer Ansprüche Beiträge und Leistungen erhöht worden waren, schloß die Kasse doch noch mit einer Mehrausgabe von 49 000 Fr. ab. Die Einnahmen betragen 417 000 Fr., die Ausgaben 466 000 Fr. Damit war nicht nur der Anfang des Jahres vorhanden, gewesen. Kas senbestand aufgezehrt, sondern es mußte auch auf ein Darlehen zurückgegriffen werden, das die Hauptkasse zur Verfügung gestellt hatte. Trotz des Zuschusses von Staat und Gemeinde, der fast die Hälfte der Gesamteinnahme betrug, waren die Ausgaben an Arbeitslose über jede Wahrscheinlichkeitsrechnung hinaus gestiegen. Die Gesamteinnahmen des Verbandes sind im Laufe der letzten drei Jahre von 708 000 Fr. auf 1 080 000 gestiegen, die ausgezahlten Unterstützungen jedoch auch von 220 000 auf 580 000 Fr. Der Branche der Lithographen ist es besonders schlecht ergangen, denn ihr Anteil an der zur Auszahlung gekommenen Unterstützung hat sich fast vervierfacht. Trotz dieser Notlage im eigenen Lande ist es gerade der belgische Verband mit, der die größere Not anderer Länder nicht vergißt. In einem Gesamtüberblick über die schwere Not der Zeit heißt es z. B.:

„Bei einer möglichst objektiven Beurteilung der Lage in den verschiedenen Ländern wagen wir zu behaupten, daß sich die deutschen Arbeiter der Buchindustrie in der schwierigsten Lage befinden.“

Es folgt dann ein ausführlicher Bericht über die Lage unseres Verbandes, der nach einem Zitat aus der „Buchbinder-Zeitung“ mit dem Wunsche schließt, daß es den deutschen Kollegen gelingen möge, in der Verteidigung ihrer Interessen erfolgreich zu sein.

*

Tarifabschluß in Belgien.

Um die Schwierigkeiten der Tarifverhandlungen in Belgien richtig zu würdigen, sei bemerkt, daß die Buchbinder und Lithographen einen gemeinsamen Verband und Tarifvertrag haben, doch an dem letzteren sind auch die Buchdrucker beteiligt, die aber wieder einen besonderen Verband haben. So kam es, daß der am 1. Juli in Kraft getretene Lohn tarif von zwei Verbänden genehmigt werden mußte. Die

Löhne der Buchbinder sind in 7 Ortsgruppen mit 12 Städten eingeteilt, sie betragen von Fr. 256,50 bis 322,75 pro Woche; die Löhne der Arbeiterinnen von Fr. 149,50 bis 187,30, je nach Ortsgruppe. Die Löhne der männlichen Lehrlinge beginnen in der niedersten Lohnklasse mit Fr. 98,45 nach zweijähriger Lehrzeit und enden in Brüssel, der höchsten Lohnklasse, mit Fr. 264,70 nach vierjähriger Lehrzeit; die entsprechenden Ziffern für weibliche Lehrlinge lauten: Fr. 77,65 bzw. 158,05; außerdem gibt es noch eine besondere Lohnklasse für jugendliche Arbeiter, die in drei Klassen eingeteilt sind: 16 bis 18, 18 bis 20 und über 20 Jahre; deren Löhne sind wieder etwas niedriger als die Vergütung an die Lehrlinge.

Berichte.

München. In der letzten Mitgliederversammlung, die am 25. August im Gewerkschaftshaus stattfand, sprach der Kollege Viebig über das Thema: „Gewerkschaften und Kreditrisse“. In seinen Ausführungen ging er von den Ereignissen auf dem Kapitalkreditmarkt aus, die Mitte Juli die Bevölkerung in Deutschland aufhorchen ließen. Redner zeigte die Ursachen auf, die zu dieser Vertrauenskrise und zu der katastrophalen Wendung in der deutschen Wirtschaft führten, und erläuterte in leichtverständlicher Weise die Maßnahmen, die der Vorstand des ADGB von der Reichsregierung verlangt, um eine derartige Erschütterung des Wirtschaftslebens, wie sie die Zusammenbrüche verschiedener Konzerne und Banken mit sich gebracht haben, in Zukunft zu verhindern. Seine Darlegungen führten zu der Feststellung, daß diese Maßnahmen wohl geeignet sind, eine neue Grundlage für unsere ganze Wirtschaftsführung zu schaffen, daß aber erst in einer anderen, einer sozialistischen Wirtschaftsordnung für den arbeitenden Menschen bessere und erträglichere Lebensverhältnisse erreicht werden können.

Im weiteren Verlauf der Versammlung machte Kollege Dietrich vom Stand unserer Lohn- und Manteltarifverhandlung Mitteilung. Insbesondere machte er aufmerksam, daß sich die Kartonnagenbranche seit dem 13. August im tariflosen Zustand befindet und die Unternehmer, welche den bisherigen Tariflohn nicht weiter zahlen wollen, das Arbeitsverhältnis jedem einzelnen kündigen müssen, da nach dem Tarifrecht der Tarifvertrag in den Arbeitsvertrag übergeht. Weiter wurde ein Antrag angenommen, einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Marke zu erheben, um unseren arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtunterstützung zu ermöglichen. Leider mußte auch ein Beschluß gefaßt werden, der eine Kürzung der Unterstützung an Ausgesteuerte und durchreisende Mitglieder aus lokalen Mitteln vorsieht, um eine gänzliche Rahmung der Lokalkasse zu verhindern. In der Versammlung wurde noch der beiden verstorbenen Jahrestellenmitglieder Schwind und Blohne ehrend gedacht. Am Schluß der Versammlung wurden die Mitglieder ermahnt, in der richtigen Beitragsklasse ihre Beiträge zu entrichten, um eventuellen Enttäuschungen aus dem Wege zu gehen.

Stuttgart. Geld, Geld, Geld! Eine faszinierende Ueberschrift für unsere auf Montag, den 24. August, einberufene Versammlung. Und in der Tat, wer hat nicht schon manches Mal einen Stoßseufzer dieser Richtung über die Lippen gelassen, einige tausend „Emmchen“ zu besitzen, und den fastigen Gruß des Böß von Berlinern mit eingeschlossen, daß mich dann die Welt am fann! Doch zur Sache. Unser Thema lautete: Geld, Bank und Börse, ihr Wesen und ihre Bedeutung. Um es vorweg zu nehmen, es zeigte sich, daß wir mit diesem akuten Problem das Richtige getroffen hatten. Es zeigte sich ganz deutlich, daß es auf diesem Gebiete des Geldes, der Banken und Börsen noch vieles zur notwendigen Aufklärung gibt. Der Referent, Kollege Schattner, Sekretär der Bankangestellten, verstand es in ausgezeichneter Weise, die Hörer zu fesseln. Er ging einleitend davon aus, wie sehr Geld- und Bankrisen auf ein Land wirken und ganz unmittelbar auf die politische Führung Einfluß besitzen. Unsere deutsche Bankrisse begann schon vor zwei Jahren mit dem Zusammenbruch der „Favaag“, der größten deutschen Lebensversicherungs-A.-G., und ganz wesentlich ist ihr übriges die Wahl vom 14. September 1930. Es folgte der ungeheure Standal des Nordwolle-Konzerns, dessen Wirkung die Schließung der Danat-Bank, der zweitgrößten deutschen Bank, im Gefolge war. Nicht ohne Einfluß war auch der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditbank. Gewiß, das politische Vertrauen zu Deutschland nach der Wahl vom 14. September war die Hauptursache. Die rasche

Zurückziehung ausländischer Gelder in Höhe von 1,2 Milliarden gaben den gegenwärtigen Anlaß der Bankrisse. Wichtig ist aber auch, daß sich die deutsche Arbeiterkassette die Bank- und Börsenrisiken näher ansieht, in welchem korrupten Maße gewirtschaftet wurde, und es ist bezeichnend, daß diese Herren alle im nationalen Lager stehen. Jetzt, nachdem die Standale offen liegen, unsäglich Wirtschaft uns dem Ruin nahebrachte, jetzt schreit man nach dem Reich, damit es einpringe und saniere. Die öffentlichen Mittel, die Gelder der Steuerzahler, die mehr denn je zur Versorgung unserer Arbeitslosen und anderen Zwecken notwendig sind, die müssen herhalten, diese Böser zu versopfen, und nach wie vor sitzen Goldschmidt und Konjorten im Amt und beziehen ihre Rammutgehälter von 500 000 bis 600 000 Mt. Unverständlich sind aber auch ferner die Maßnahmen des Reichs: volle Garantie der Danabank, die Ueberlassung des 35-Millionen-Aktienpakets an die Industrie, die Stützungsaktion der Dresdner Bank mit 300 Millionen bei 100 Millionen Stammkapital.

Soweit die Arbeiterkassette dazu Stellung nimmt, ist sie in der Entschließung des ADGB vom 29. Juli niedergelegt: Bankkontrolle und Schaffung eines Bankamts.

Die sehr interessanten Ausführungen, die im Schlußwort auf mehrere Anfragen, wie Staatsbankrott, Rentenmark, Goldmark und Arbeiterbank sowie der Erklärungen handelsüblicher Fremdwörter eingingen, wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Reichert Bericht von den VDB-Verhandlungen. Einmütig kam zum Ausdruck, daß wir als kleine Organisation stolz sein dürfen über den Abschluß unserer Unterhändler. Die Versammlung gelobte nach ersten Ermahnungen des Kollegen Böbbeling, der Organisation Treue um Treue zu halten.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Einstellung der Lokalunterstützung. Die Jahrestellen Weisensfels a. d. Saale und Aue i. Sa. können infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten die Lokalunterstützung an durchreisende Verbandsmitglieder nicht mehr zur Auszahlung bringen. Wir bitten die durchreisende Kollegenschaft, hiervon Kenntnis nehmen zu wollen.

*

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.

Bochum. K.: A. Schröder. Unterstützungsauszahlung: Die Auszahlung der Unterstützung findet nur noch werktags von 8 bis 12 Uhr in der Buchbinderi des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter, Biemelhauser Str. 42, statt.

Grimma i. Sa. B.: Ernst Korberger, Leisniger Straße 3, part.

K.: Ernst Fuhrmann, Kreuzstr. 11, Postanschrift: Postfach 21. Unterstützungsauszahlung: Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, im Bibliothekszimmer des Ortsausschusses in der alten Handelsschule an der Frauentirche.

Inhaltsverzeichnis.

Berichtstage in Frankfurt.
Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen. —
 Wespappen-Tarif.
Der Arbeitsmarkt im August.
Der Gewerkschaftstongress zum Bericht des Bundes-
vorstandes.
 Stimmen aus unserem Kollegienkreis: Zur Lage des
 Verbandes.
Kredittzettelverhandlungen mit dem „Npi“.
Internationales: Die Arbeitslosigkeit in Belgien. —
 Tarifabschluß in Belgien.
Berichte: Muenen. — Stuttgart.
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Ein-
 stellung der Lokalunterstützung in Weisensfels a. d. S.
 und Aue i. Sa. — Adressenänderungen.